

Zürich

Warum das Virus im Gefängnis so gefährlich ist

Pandemie Eine Aufseherin wurde positiv auf das Coronavirus getestet – obwohl der Zürcher Justizvollzug mit allen Mitteln versucht hatte, das Einschleppen der Krankheit zu verhindern.

Mario Stäuble

Im Bezirksgefängnis Zürich, dem grössten Untersuchungsgefängnis des Kantons, ist das Coronavirus aufgetreten. Gemäss TA-Recherchen wurde letzte Woche eine Aufseherin positiv getestet. Die Frau stand mit verschiedenen anderen Aufsehern und Häftlingen in direktem Kontakt. Sie soll sich zuvor in Italien aufgehalten haben. Ob und wie viele weitere Personen – Insassen oder Aufseher – angesteckt worden sind, ist unklar.

Der Fall löste innerhalb des Zürcher Justizvollzugs grosse Hektik aus. Sprecherin Rebecca de Silva schreibt auf Anfrage: «Alle Mitarbeitenden und Insassen wurden informiert.» Bei einem positiven Corona-Test in einer Haftanstalt schicke man den betroffenen Angestellten umgehend nach Hause, und ein infizierter Insasse werde in einer Einzelzelle untergebracht. Falls nötig, erhalte der Häftling medizinische Betreuung.

Parallel dazu läuft laut de Silva das «Contact Tracing» innerhalb der Gefängnismauern, also die Nachverfolgung der Kontakte: Mit wem redete die angesteckte Person in den Tagen zuvor? Wen berührte sie? Folge davon könne sein, dass man weitere Personen in Quarantäne schicke, so de Silva.

Zu Details – und zur Frage, ob es in den Zürcher Gefängnissen weitere Corona-Fälle gibt – sagt der Justizvollzug nichts. «Wir befinden uns in einer intensiven Phase des Krisenmanagements», schreibt die Sprecherin. In allererster Linie gelte es nun, das Wohlergehen und die Gesundheit der Mitarbeitenden und Insassen zu schützen und die Verbreitung der Krankheit mit aller Kraft zu verhindern.

Gefängnis über 100 Jahre alt

Das Coronavirus ist für Haftanstalten eine enorme Herausforderung. In Gefängnissen ist es eng, oft halten sich zwei Personen in einer Zelle auf, was Social Distancing schwierig macht. Insassen brauchen Medikamente,



Social Distancing ist schwierig, wenn man auf wenigen Quadratmetern zusammenlebt: Zweierzelle im Bezirksgefängnis Zürich. Foto: Dominique Meienberg

Die Behörde hat ein Ausgeh- und Urlaubsverbot verhängt. Besuche von Angehörigen gibt es nur noch in Ausnahmefällen.

medizinische Versorgung oder Therapien. Manche wehren sich gegen Behandlungen. Manche gehören altershalber in die Risikogruppe. Und wie in einem Spital besteht die Gefahr, dass wegen Ansteckungen und Quarantäne zu viel Personal ausfällt. Das führt zu erhöhten Sicherheits- und Gesundheitsrisiken für das Personal.

Im Fall des Bezirksgefängnisses Zürich mit seinen 153 Plätzen kommt hinzu, dass der Bau über hundert Jahre alt ist – die Infrastruktur gilt laut der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter als «veraltet». Die Zellen sind teilweise doppelt

belegt. Weiter dient das Gefängnis, das auch über 18 abgetrennte Frauenplätze verfügt, in normalen Zeiten als Drehscheibe zwischen anderen Haftanstalten. Dies erhöht das Risiko, dass eine ansteckende Krankheit sich über den Gefangenen transport verbreitet.

Test-Kits sind rar

Der Justizvollzug versucht mit einer Reihe von Massnahmen, die Ansteckungsgefahr einzudämmen. Die Behörde hat ein Ausgeh- und Urlaubsverbot für Insassen verhängt. Besuche von Angehörigen dürfen sie nur noch in Ausnahmefällen empfangen.

Und mit ihren Anwälten können sie nur noch durch eine Trennscheibe sprechen, wie mehrere Verteidiger bestätigen. Stattdessen dürfen sie nun öfter telefonieren. Gleichzeitig arbeite man daran, Häftlinge gleichmässiger auf die verschiedenen Anstalten zu verteilen und so die Zahl an Zellen mit nur einem Häftling zu erhöhen, sagt Sprecherin de Silva.

Die Frage im Fall des Gefängnisses Zürich ist nun: Was passierte in den Tagen, bevor die Aufseherin getestet wurde? Hat sich das Virus durch Kontakte mit Dritten ausgebreitet? Oder bleibt es bei einem Einzelfall?

Nach TA-Informationen wird in diesen Tagen die Belegschaft getestet; ob auch die Insassen zum Test antreten müssen, sagt der Justizvollzug nicht.

Klar ist hingegen: Auch im Strafvollzug sind knappe Testkits ein Thema – und zwar schweizweit. Die Verantwortlichen versuchen, Abhilfe zu schaffen. «Wir sind beim Bundesamt für Gesundheit vorstellig geworden, um darauf hinzuweisen, dass Tests in Gefängnissen von hoher Bedeutung sind», sagt Alain Hofer, stellvertretender Generalsekretär der kantonalen Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren.

In Kemptthal teilen sich 100 Leute eine Küche – sollen aber Abstand halten

Asylwesen Hilfsorganisationen schlagen Alarm: In den Asyl-Notunterkünften sei der Schutz vor Corona kaum gewährleistet.

Das Leben ist auch in normalen Zeiten nicht einfach in den Notunterkünften für abgewiesene Asylbewerber: Die Menschen leben in Mehrbettzimmern, teilen sich Küchen und Waschräume. Für Lebensmittel, Hygieneartikel und dergleichen erhalten sie 8.50 Franken pro Tag – und dieses Geld müssen sie jeden Tag persönlich im Büro abholen.

Corona hat die Situation der rund 700 Abgewiesenen im Kanton Zürich noch einmal schwieriger gemacht. «Wir und unsere Kinder haben Hunger», erzählt ein Familienvater, der in der Notunterkunft Adliswil wohnt. «Im Denner, wo wir normalerweise einkaufen, weil es da günstig ist, akzeptieren sie kein Bargeld mehr. Eine Kreditkarte haben wir aber nicht.» Vom Kanton hätten die Bewohner den Rat erhalten,

nicht zum Einkaufen zu gehen: «Aber ich muss doch Essen einkaufen.»

Was der Familienvater erzählt, bestätigen mehrere Hilfsorganisationen, die mit Asylsuchenden und abgewiesenen Flüchtlingen arbeiten. Sie üben harsche Kritik am kantonalen Sozialamt – etwa weil das Essensgeld nach wie vor täglich ausbezahlt werde. «Das zwingt die Betroffenen, jeden Tag einkaufen zu gehen – dabei sollten die Menschen doch möglichst wenig raus», sagt Lukas Keller von der Organisation Zürich Legal, die abgewiesene Flüchtlinge in rechtlichen Fragen berät.

Vor allem aber kritisiert Keller die Unterkünfte an sich: «Nähe lässt sich dort nicht vermeiden, die Abstandsregeln sind unmöglich einzuhalten.» In Kemptthal, Glattbrugg und Hintereggen etwa

schlafen acht bis zehn Personen in einem Raum. Die Küche teilen sich in Kemptthal rund 100 Personen, und auch die Waschräume werden gemeinsam benutzt. Besonders schlimm sei die Situation in der unterirdischen Unterkunft von Urdorf.

Furcht vor Infektionsherd

Das kantonale Sozialamt beschwichtigt. In einem Schreiben an das Hilfswerk Solinetz, das dieses online gestellt hat, heisst es: «Die mit dem Betrieb der kantonalen Zentren betrauten Organisationen haben Gesundheits- und Pandemiekonzepte.» Noch bevor der Bund die «besondere Lage» ausgerufen habe, seien die Betreiber der Unterkünfte angewiesen worden, diese Konzepte zu aktivieren und Sofortmassnahmen zu treffen.

Annina Largo, die als Trainerin beim Verein Sportegration zahlreiche Betroffene persönlich kennt, sagt, davon sei wenig zu spüren: «Es gibt zum Beispiel nicht genügend Desinfektionsmittel und Seife.» Mitarbeiter der Firma ORS hätten ihr gesagt, sie erhielten nicht genügend Nachschub – weshalb das Desinfektionsmittel nicht beim Eingang steht, sondern im Büro der Zentrumsleitung.

Ein weiteres Problem sei die mangelhafte Information: «Mehrere Personen haben mir erzählt, sie seien nicht informiert worden. Mancherorts hängen zwar Infoblätter, viele verstehen diese aber nicht.» Andere Betroffene seien völlig verängstigt und verunsichert. Davon berichtet auch Lukas Keller: «Wir erhalten panische Anrufe aus den Zentren.»

Für Ron Halbright vom Verein National Coalition Building Institute, der sich für Integration und Konfliktlösung einsetzt, ist es nur eine Frage der Zeit, bis es in einer der Unterkünfte zu einem Ausbruch unter den Bewohnern und ihren Betreuern kommt: «Umso wichtiger ist es, jetzt zu handeln.» Und er betont: «Wir wollen keinen Schlagabtausch mit dem Kanton, sondern die Krise gemeinsam präventiv angehen.» Auch Lukas Keller schätzt das Risiko als hoch ein: «Die allermeisten Bewohner sind aufgrund ihrer schlechten Gesundheitsverfassung höchst gefährdet für Infektionskrankheiten.» Wer könne, versuche deshalb, bei Freunden unterzukommen, erzählt ein anderer Abgewiesener.

Das kantonale Sozialamt gibt auf Anfrage nicht detailliert Aus-

Liliane Minor